

Abm...
26. 10. 1917

(Die Bewegung der Beamten der Straßenbahn.) Im Kreise der Privatangestellten ist eine allgemeine Bewegung im Interesse der Verbesserung ihrer materiellen Lage im Gange. Die Bewegung hat weite Kreise gezogen. Kürzlich haben sich auch die Beamten der Budapester Straßenbahngesellschaft dieser Bewegung zum Teile angeschlossen. Aus diesem Anlasse veröffentlicht der Landesverband der Privatbeamten und Handelsangestellten eine Erklärung, worin es unter anderem heißt, daß durch den Krieg hervorgerufene Glend habe auch die Angestellten der Straßenbahngesellschaft gezwungen, sich zur Verbesserung ihres Loses zu organisieren und korporativ in den Landesverband der Privatbeamten und Handelsangestellten einzutreten. Generaldirektor Paul Sándor sei jedoch mit der größten Energie bestrebt, die Organisierung zu vereiteln und habe eine energische Maßregelung aller in Aussicht gestellt, die an der Bewegung teilnehmen. Der Landesverband habe sich in seiner gestern nachmittag abgehaltenen Versammlung, die in erregter Stimmung verlief, mit dieser Sache befaßt und beschlossen, sich der Angestellten der Straßenbahngesellschaft anzunehmen und sich mit ihnen völlig solidarisch zu erklären.

Einer unserer Mitarbeiter ersuchte heute den Generaldirektor Paul Sándor, ihm über die Bewegung im Kreise der Angestellten der Straßenbahngesellschaft Aufklärung zu geben. Generaldirektor Paul Sándor äußerte sich wie folgt:

— Ich will vorausschicken, daß alle Angestellten der Budapester Straßenbahn, vom Generaldirektor bis zum letzten Arbeiter, den Bestimmungen der Eisenbahner-Dienstpragmatik (G.-N. XLIX: 1907) unterliegen. Die Straßenbahn hat, dem Befehle entsprechend, eine Dienstpragmatik ausgearbeitet, die vom Handelsminister gutgeheißen ist. § 36 dieser Dienstpragmatik bestimmt, daß unsere Angestellten nur solchen Vereinigungen beitreten dürfen, die den Interessen des Eisenbahndienstes im allgemeinen und den Sonderinteressen des Unternehmens nicht abträglich sind. Die Beurteilung dessen, ob eine Vereinigung jenem Unternehmen, an dessen Spitze ich stehe, abträglich sei oder nicht, muß ich mir selbst vorbehalten. Ich habe nie terrorisiert, noch verfolgt, nie den Auftrag erteilt, jemand durch Terror oder Drohungen zum Beitritt in irgendeine Vereinigung abzuhalten, die den im § 36 der Dienstpragmatik umschriebenen Bedingungen entspricht. Auch habe ich niemand materielle Vorteile versprochen, wenn er sich der Bewegung der Privatbeamten fernhält. Seitdem ich an der Spitze der Straßenbahn stehe, haben sich die Beamtengehälter im Durchschnitt um 60 bis 100 Prozent erhöht. Auch jene Beamte, die jetzt an der Bewegung teilnehmen, erfahren eine solche Verbesserung ihrer materiellen Lage. Es gibt auch Beamte, denen eine Gehaltserhöhung von 150 bis 250 Prozent zuteil wurde. Es ist einfach unzulässig, daß heute, wo die Straßenbahngesellschaft mit unsäglichen Schwierigkeiten, mit Personen- und Materialmangel kämpft, wo sie die notwendigsten Arbeiten nur mit Mühe zu versehen vermag, um den minimalen Verkehr aufrechtzuerhalten, die Beamten in einer Art

mich bestürmen, die man weder billigen, noch gerecht finden kann. Man hätte wahrlich einen glücklicheren Zeitpunkt wählen können, wo die Gesellschaft nicht unter so großen Hemmungen arbeitet, wie heute im Kriege. Ich beschäftige mich gern mit der Frage der Verbesserung der materiellen Lage eines jeden meiner „unzufriedenen“ Angestellten. Ich habe mich nie einem gerechten Wunsche unter Wahrnehmung der finanziellen Interessen verschlossen und hätte daher mit Recht erwarten können, daß die Angestellten der Straßenbahn, die materiell ohnehin besser gestellt sind als die ähnlichen ausländischen Unternehmungen, mehr Liebe für ihren Brotgeber, für die Gesellschaft aufbringen. Es sei mir hier gestattet, das Wort „Brotgeber“ vor einer großen Öffentlichkeit ein wenig zu beleuchten. Beamte mit einem Gesamteinkommen von jährlich 8500 Kronen sind an den besonderen Begünstigungen unserer Wohlfahrts-Einrichtungen beteiligt. Sie bekommen heute ein Kilogramm Brot aus unserer eigenen Bäckerei um 20 Heller, ein Kilogramm Käse kostet 6 Kronen, Diptauer Käse 5 Kronen, ein Kilogramm Paprika 10 Kronen, ein Kilogramm Bohnen 24 Heller und ein Kilogramm Fett auch heute noch 2.58 Kronen. Selse kostet bei uns 8 Kronen pro Kilogramm, Erdäpfel 20 Heller, Kohle pro Meterzentner 1.20 Kronen. Schüsse bekommen die Angestellten zum Selbstkostenpreis. Nur die Beamten in höheren Gehaltsklassen bezahlen die Einkaufspreise. Heute, wo man mit einer Teuerung der Materiale um 1000 bis 1500 Prozent rechnen muß, wo die Preise der landwirtschaftlichen Produkte mit staatlicher Hilfe auf das Fünffache geschraubt sind, fordert man von der Budapester Straßenbahn die Aufrechterhaltung des fast normalen Verkehrs. Bei uns gilt also der Krieg nicht als vis major, wir müssen der Hauptstadt die vertragsmäßig festgestellten Beiträge abliefern. Man erhöht uns keine Tarife ohne Gegenleistung. Wie soll man dann bei diesen angespannten Forderungen angesichts der tatsächlich gewährten Teuerungszulagen und der Wohlfahrts-Einrichtungen die materiellen Interessen des ganzen Unternehmens, ohne sie im Grunde zu stören, mit den unzeitgemäßen Forderungen der Beamten in Einklang bringen? Im übrigen erkläre ich, daß ich in jedem Falle, wenn es vorkommen sollte, daß ein Beamter nicht das Gehalt bezieht, das ihm nach Maßgabe seiner Arbeit gebühren würde, selbst die gebotenen Rücksichten auf die materiellen Interessen der Gesellschaft in den Hintergrund zu stellen verstehen werde.